

Liebe Teilnehmer:innen der wöchentlichen Demo, liebe Passant:innen der Bremer Innenstadt,

ich bin im Sprecher:innenkreis des Bremer Friedensforums und grüße Euch auch in deren Namen. Ich danke den Organisator:innen, dass ich mal wieder hier zu Euch sprechen darf.

Zunächst bitte ich aber um einen Applaus für die Vertreter:innen der palästinensischen Gemeinde Bremen und um zu und der Deutsch Palästinensischen Gesellschaft Bremen, die diesen Protest Woche für Woche – mit wenigen Ausnahmen – möglich machen und ganz besonders auch für diejenigen, die unermüdlich jede Woche fast immer dabei sind.

Ich bewundere die Kraft und Energie, die Ihr trotz allem Schmerz um die Verstorbenen (oder besser gesagt: die Ermordeten) und Angst um die dort in Palästina, im Westjordanland, im Iran, im Libanon lebenden Verwandten und Freunde habt. Für mich ist das dort nur noch ein völkerrechtswidriger Krieg (oder eher gesagt Mord) und ich schäme mich, daß Deutschland keine Sanktionen gegen Israel ergreift, sondern die Geschäfte mit der in meinen Augen faschistischen israelischen Regierung weiter laufen lässt.

Amnesty international, pax christi und viele andere - auch europäische Staaten - positionieren sich klar, aber hier bei der deutschen Regierung und darüber hinaus hat die israelische Regierung „Täterfreiheit“. Maßstäbe des Völkerrechts gelten für den israelischen Staat und seine Repräsentanten nicht, seine Armee darf ungehindert morden und palästinensischen Menschen das Existenzrecht absprechen. Aus der deutschen Geschichte kommt mir das doch bekannt vor und das mindeste was wir, die wir nicht direkt Verwandte und Freunde verlieren oder um sie Angst haben müssen, tun sollten ist,

- darauf aufmerksam zu machen
- und an der Seite der Betroffenen zu stehen

Denn hier bei uns, aber auch in der EU werden nicht die Täter sanktioniert, sondern diejenigen, die auf diesen Völkermord und das Unrecht aufmerksam machen. Und es ist m. E. unsere Pflicht und Aufgabe, auch an deren Seite zu sein und für „Gegenöffentlichkeit zu sorgen“. Auf die etablierten Medien können wir uns darauf in der Regel leider nicht verlassen.

Wir müssen

- durch Weitergabe von Informationen und Hintergrundwissen
- durch Solidarität mit den Sanktionierten

unsere Stimme erheben und aufklären und zu den beiden jetzt von mir vorgestellten Fällen wird es in Kürze auch Informationen auf der Webseite des Bremer Friedensforums geben.

Zunächst **Julian Hundt**, ein jüngerer engagierter Lehrer aus Hessen, der im Oktober 2025 aufgrund deutlicher Kritik an der israelischen und der deutschen Regierung auf seinem privaten Instagram Account zwangsbeurlaubt wurde. „Berufsverbot für Staatsräson“ – Jakob Reimann, ein Journalist u. a. bei etos.media hat mit ihm ein hervorragendes Interview geführt, dass der Persönlichkeit dieses Lehrers und dem Wahnsinn der Zwangsbeurlaubung gerecht wird.

Angezeigt wurde Julian von irgendeiner Person nach meiner Erinnerung aus Berlin. Diese Anzeige brachte die Schulbehörde dazu, die Suspendierung auszusprechen. Das von ihm mit anwaltlicher Unterstützung angestrebte Eilverfahren wurde abgelehnt. Das Video und näheres zum Fall demnächst wahrscheinlich auch auf der Webseite des Bremer Friedensforums, wenn die Beteiligten einverstanden sind.

<https://etosmedia.de/politik/berufsverbot-fuer-staatsraeson-lehrer-julian-hundt-in-zwangsurlaub-fuer-kritik-an-israels-verbrechen/>

Der zweite Fall, **Hüseyin Dogru**, dürfte Euch bekannter sein. Hüseyin wurde im Mai 2025 von der Europäischen Union sanktioniert, natürlich ohne gerichtliche Grundlage. Ihm wurde unterstellt, er betreibe russische Propaganda. Aber Auslöser war auch in diesem Fall seine israelkritische und palästinasolidarische Berichterstattung, u. a. im Zusammenhang mit der Besetzung der Humboldt-Universität 2024 in Berlin. Hüseyin hat – obwohl er in Berlin lebt und Deutscher ist - ein EU – Einreiseverbot erhalten, die Bankkonten wurden eingefroren, er darf kein Geld verdienen, etc. Zwischenzeitlich war auch das Konto seiner Frau eingefroren, da er ja darüber verfügen könne. Dies konnte gerichtlich wieder freigelegt werden. Die Familie hat 2 ganz kleine und ein größeres Kind. Hüseyin darf pro Monat 506.- € für Grundbedürfnisse verwenden. Dann wurde das Konto seiner Mutter gesperrt, da er ja darüber verfügen könne.

Diese Sanktionen sind absolut unangemessen und ohne jegliche Grundlage. Aktuell gibt es keine Unterstützung der Deutschen Journalisten Union und der zuständigen Gewerkschaft verdi. Wir haben dies gerade mit mehreren bundesweiten Unterzeichner:innen bei den Leitungen von verdi und DJU eingefordert und es gibt eine Öffentliche Petition, die bitte gerne weiter gezeichnet werden kann.

<https://free-dogru.com/?lang=de>

Die Liste der Erstunterzeichner:innen ist breit und beeindruckend. Nur gemeinsam und parteienübergreifend haben wir eine Chance, uns gegen die aktuellen Verhältnisse - die die Journalisten anstatt der Täter sanktionieren – zu wehren.

„Wer Meinungs- und Pressefreiheit in der EU sanktioniert, bricht das deutsche Grundgesetz und untergräbt demokratische und rechtsstaatliche Normen in Deutschland und in der EU.“
(Abschlussatz der Petition)